

Taliban versuchen, Wahlen zu sabotieren

Nach mehreren Anschlägen am Samstag öffnen die Wahllokale in Afghanistan am Sonntag erneut

BRITTA PETERSEN, DELHI

«Für meine Freunde: Ich lebe noch, die Wahlen gehen weiter», diese Nachricht postete Abdul Baqi Samander am Samstagmittag auf Facebook. Da hatte der 67-jährige Kandidat aus Kabul gerade seine Stimme abgegeben und hatte allen Grund, sich und seinen Landsleuten Mut zuzusprechen. Gewalt überschattete erwartungsgemäss die Parlamentswahlen in Afghanistan am Wochenende, die wegen der schlechten Sicherheitslage mit dreieinhalb Jahren Verspätung abgehalten wurden. Zahlreiche Anschläge in Kabul und in den Provinzen sowie technische Probleme mit den neuen, biometrischen Wahlmaschinen führten dazu, dass viele Wahllokale erst am Nachmittag aufmachen konnten und die Wahl am Sonntag fortgesetzt werden musste. «Ich habe mit vielen anderen Frauen vor der Wahlstation Arzan Qemat gewartet, als wir eine Explosion hörten», berichtet die 25-jährige Shukla Zadran aus Kabul. «Es brach Panik aus, die Leute fingen an zu schreien und zu laufen, und ich entschloss mich, nach Hause zu gehen, ohne meine Stimme abzugeben.» Viele Wähler warteten oft stundenlang geduldig vor den Wahllokalen. «Das Engagement der Wähler ist ein Beweis dafür, dass das orientalistische Argument, dass Afghanen ein traditionelles Volk und gegen die Demokratie seien, nicht stimmt», sagt Ashraf Haidari, Direktor der Abteilung Politik und Strategie im Aussenministerium in Kabul. «Die Afghanen wollen Demokratie, kein autoritäres Regime.»

Denkbar schlechte Bedingungen

Doch der Mut der Wählerinnen und Wähler kann kaum darüber hinwegtäuschen, dass die Bedingungen für Wahlen in Afghanistan seit dem Sturz der Taliban 2001 noch nie so schlecht waren, obwohl mehr als 70 000 Soldaten eingesetzt wurden, um die rund 5000 Wahlstationen zu sichern. 2000 weitere Wahlstationen konnten aus Sicherheitsgründen gar nicht erst in Betrieb genommen werden. Schon am frühen Samstagmorgen



Auch diese Stimmzähler in einem Wahllokal in Kabul machen ihre Arbeit unter einigem Risiko.

MOHAMMAD ISMAIL / REUTERS

kam es auf der Schnellstrasse zwischen Baghlan und Mazar-e Sharif zu Kämpfen zwischen den Taliban und der Polizei. Aus den Provinzen Kunduz im Norden und Farah im Westen wurden Raketenangriffe und Kämpfe gemeldet, zwei Explosionen erschütterten die östliche Provinz Nangarhar. Am Nachmittag kappten die Taliban in Kunduz die Elektrizitätsversorgung. Bereits um 12 Uhr mittags meldete das Kriegs- und Traumatospital in Kabul 30 Verletzte – da hatten viele Wahllokale noch nicht einmal aufgemacht. Mindestens 15 Menschen kamen ums Leben. In der Taliban-Hochburg Kandahar im Süden wurde der Urnengang aufgrund eines massiven Attentats am Freitag gar um eine ganze

Woche verschoben. Beim Anschlag war nicht nur der mächtige Anti-Taliban-Polizeichef General Abdul Raziq, sondern auch der lokale Geheimdienstchef Abdul Mohmen Hussainkhel und der Gouverneur von Kandahar, Zalmi Wesa, ums Leben gekommen. Mit dem Mord an General Raziq, der wegen Menschenrechtsverletzungen umstritten gewesen war, der aber die Lage in Kandahar stabil gehalten hatte, beseitigten die Taliban einen ihrer wichtigsten Gegner. «Der Tod von Abdul Raziq kann gar nicht überschätzt werden», sagt Thomas Ruttig vom Afghan Analysts Network (AAN), einem Think-Tank in Kabul. «Die Sicherheitskräfte in Kandahar sind jetzt ohne Führung. Ein Angriff der Tali-

ban auf die Stadt in den nächsten Tagen kann nicht ausgeschlossen werden.»

Ergebnisse erst im November

Angesichts der Klagen über massiven Stimmenkauf im Vorfeld der Wahlen sowie der erschwerten Bedingungen für eine unabhängige Wahlbeobachtung ist es zweifelhaft, ob diese Parlamentswahlen zur Stabilisierung des Landes beitragen können. Mehr als 2500 Kandidatinnen und Kandidaten hatten sich um die 250 Sitze im afghanischen Unterhaus, der Wolesi Jirga, beworben. Vorläufige Ergebnisse werden erst Mitte November erwartet, das Endergebnis Anfang Dezember.

Ermittlungen gegen Brasiliens Wahlfavoriten

Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl gerät der Ultrarechte Jair Bolsonaro ins Visier der Justiz

NICOLE ANLIKER, RIO DE JANEIRO

Gegen Jair Bolsonaro, den Favoriten der brasilianischen Präsidentschaftswahl, sind am Samstag Ermittlungen wegen unrechtmässiger Wahlkampfhilfe eingeleitet worden. Dem ultrarechten Politiker wird vorgeworfen, ein kriminelles Netzwerk von Grossfirmen aufgebaut zu haben, um über den Chat-Dienst WhatsApp Falschnachrichten zu verbreiten. Die Klage war am Samstag vom linken Partido dos Trabalhadores (PT) eingereicht worden. Auf dessen Kandidaten, Fernando Haddad, wird Bolsonaro bei der Stichwahl am 28. Oktober treffen. Am Donnerstag berichtete die Tageszeitung «Folha de São Paulo», dass mehrere Unternehmen eine Kampagne zur massenhaften Versendung von WhatsApp-Nachrichten finanziert hätten, die sich gegen die Arbeiterpartei richteten. Die Offensive sollte die öffentliche Meinung in den Tagen vor der Stichwahl angeblich mit Unwahrheiten und Erfindungen über die Partei überschwemmen. Pro Vertrag sind laut «Folha» umgerechnet rund 3 Millionen Franken geflossen.

Hohe Ablehnungsrate

In Brasilien ist die Wahlkampffinanzierung durch Unternehmen illegal. Nun muss geklärt werden, ob Bolsonaro von den Geldern gewusst und damit gegen das Gesetz verstossen hat. Der frühere Militär bestreitet das vehement. Er wisse, dass solche Tätigkeiten die geltende Ge-

setzgebung verletzen, sagte er dem Online-Nachrichtenportal «O Antagonista» gegenüber. Doch sollten Unternehmen, die mit ihm sympathisierten, solches getan haben, könne er das weder kontrollieren noch davon wissen oder etwas dagegen ausrichten.

Laut den jüngsten Meinungsumfragen von Datafolha wollen 59 Prozent der Brasilianer am Sonntag für den früheren Militär stimmen. Haddad liegt mit 42 Prozentpunkten abgeschlagen hinter ihm. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter erklärte dieser, dass Bolsonaro von Wahlverbrechen profitiere. Bolsonaro giftete zurück, dass das Hintertreffen des PT nicht auf Fake-News, sondern auf die Realität zurückzuführen sei. Beobachter zeigen sich seit Wochen darüber besorgt, dass die Masse an Falschnachrichten – viele gegen den PT gewandt – das Wahlergebnis beeinflussen könnte. Die Arbeiterpartei klammert sich nun an den jüngsten Skandal. Das Wahlgericht wird jedoch kaum in der Lage sein, innerhalb von acht Tagen Wahlmanipulation nachzuweisen. Es ist auch nicht davon auszugehen, dass Bolsonaros Wähler deswegen die Seite wechseln werden.

Haddads Ablehnungsrate ist seit Anfang September von 29 auf inzwischen 54 Prozent angestiegen. Die Unpopularität hat weniger mit ihm zu tun als mit dem Hass, der sich gegen seine Arbeiterpartei richtet. Aus Sicht vieler Brasilianer trägt der PT, welcher von 2003 bis 2016 das Land regierte, die Verantwortung für die

masslose Korruption im Petrobras-Skandal. Viele fühlen sich von der Partei und ihrem inhaftierten Anführer, Lula da Silva, verraten. Diesen Hass weiss Bolsonaro auszunutzen. Seine Wahlkampagne richtet sich hauptsächlich gegen den PT und gegen Lula; Fernando Haddad wird meist nur am Rand angegriffen. Die Arbeiterpartei hat angesichts ihrer schwindenden Popularität die Wahlkampfstrategie angepasst. «Lula ist Haddad und Haddad ist Lula», hatte die Partei dem Stimmvolk vor der ersten Runde noch pausenlos eingetrichtert. Nun, da Haddad in der Stichwahl steht, präsentiert sie sich in neuem Kleid. Das für die

Mittwähler zu überzeugen. Wie die Zahlen zeigen, genügt das nicht. Dem PT fällt es schwer, seinen schlechten Ruf abzustreifen.

Selbst innerhalb des linken Lagers ist die Stimmung angespannt. Bei einer Wahlkampfveranstaltung von Haddad vergangene Woche forderte der Senatsabgeordnete der Mitte-links-Partei PDT, Cid Gomes, ein Mea culpa der Partei. Der PT werde die Wahl verlieren, weil sie nicht einmal eine Entschuldigung im Zusammenhang mit dem Petrobras-Skandal über die Lippen bringe, sagte er vor versammelter PT-Anhängerschaft. Und weiter: «Angesichts dessen verdient ihr die Wahlniederlage.»

Keine demokratische Front

Die fehlende Selbstkritik ist offenbar einer der Gründe für das Unvermögen der Partei, die Reihen zu einer demokratischen Front gegen den autoritären Bolsonaro zu schliessen. Dem früheren Militär kommt das zugute. Siegesicher setzt er seine Strategie fort, die sich bisher als erfolgreich erwiesen hat: Auf Wahlkampfveranstaltungen verzichtet er, genauso wie auf das geplante Fernsehduell gegen Haddad. Er setzt sich lieber mit Live-Schaltungen auf Facebook in Szene. In diesen zeigt er sich neuerdings auch auch mit homosexuellen Wählern; ein Versuch, sich moderater zu präsentieren. Bolsonaros homophobe Sprüche hatten in der Vergangenheit immer wieder für Aufsehen gesorgt.



Jair Bolsonaro
Brasilianischer
Präsidentschafts-
kandidat

Partei charakteristische Rot wurde im neuen Kampagnensignet durch die Farben Grün und Gelb ersetzt, auch das Gesicht von Lula ist verschwunden. Bei seinen Ansprachen erwähnt Haddad seinen Mentor kaum mehr. Der Politikologieprofessor vom moderaten Flügel des PT legt dafür auch einmal seine von den Auffassungen der Parteibasis abweichenden Haltungen offen. Er versucht, so,

Trump kündigt den INF-Vertrag

Russland seit langem der Nichteinhaltung beschuldigt

BEAT AMMANN, WASHINGTON

Präsident Trump hat bekanntgegeben, er werde den INF-Vertrag mit Russland aufkündigen. Der 1988 in Kraft getretene Vertrag verbietet es Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie den USA, Kurz- und Mittelstreckenraketen – mit Reichweiten zwischen 500 und 5000 Kilometern – zu unterhalten, die von Land aus starten. Der Schritt Trumps kommt nicht aus heiterem Himmel. Bereits im Juli 2014 hatten die USA offiziell erklärt, Russland halte den Vertrag nicht mehr ein. Der Kreml bestreitet das und beschuldigt im Gegenzug die USA, Vertragsbestimmungen zu verletzen.

Fesseln gegenüber China

Der Vertrag hat historische Bedeutung und bewirkte die Zerstörung von 2692 Raketen. Er ist insofern überholt, als er die bipolare Welt des Kalten Krieges spiegelt. In den Augen der USA behindert der Vertrag die Fähigkeit des Landes, der Aufrüstung Chinas entgegenzutreten, das an seine Bestimmungen nicht gebunden ist. In der amtlichen Darstellung der amerikanischen nuklearen Politik des Pentagons («Nuclear Posture Review») hiess es im Februar dieses Jahres, der gegenwärtige Zustand sei, was die angebliche Vertragsverletzung durch Russland betreffe, nicht akzeptabel.

Im Dezember des Vorjahres noch hatte das amerikanische Aussenministerium erklärt, der INF-Vertrag stelle einen Pfeiler in den Beziehungen zu Russland dar und trage dazu bei, einen Rüstungswettlauf zu vermeiden. Daher unternehme die Regierung Trump jede Anstrengung, den Pakt am Leben zu erhalten. Inzwischen ist Präsident Trump offensichtlich zum Schluss gekommen, die Position Russlands rechtfertige diese konstruktive Haltung nicht länger. Die Amerikaner werfen den Russen seit Jahren vor, mit der Entwicklung eines neuen, von Land gestarteten Marschflugkörpers gegen den Vertrag zu verstossen. Die Russen hätten nicht einmal eingestanden, dass das inkriminierte Waffensystem existiere, und keinerlei Fragen beantwortet. Der INF-Vertrag sieht ein Verfahren zur Lösung von Konflikten vor, das sich in der Sicht der USA als untauglich erwiesen hat.

Die Russen beschuldigen die Amerikaner ebenfalls der Vertragsverletzung. So widerspreche das Raketenabwehrsystem Aegis, das in Rumänien und Polen stationiert wird, dem INF-Vertrag. Es dient laut offizieller Darstellung dazu, Europa vor Raketen zu schützen, die aus dem Nahen oder Mittleren Osten einfliegen. Die Amerikaner argumentieren, Aegis habe keine offensive Kapazität, richte sich nicht gegen terrestrische Ziele und falle nicht unter den Vertrag. Ebenso wenig würden amerikanische Drohnen – entgegen russischen Beschuldigungen – das Abkommen verletzen, da sie «Zwei-Weg-Systeme» darstellten, wiederverwendbar seien und somit nicht als «Raketen» gelten könnten.

Bolton reist nach Moskau

Laut der «New York Times» hat die Regierung Trump bereits die Botschafter alliierter Länder in Washington über den bevorstehenden Schritt informiert. Demnach wird der Sicherheitsberater des Präsidenten, John Bolton, zu Wochenbeginn nach Moskau reisen. Es ist anzunehmen, dass er dabei den Kreml offiziell über die Aufkündigung ins Bild setzt. Diese trägt kaum dazu bei, die gespannten Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zu verbessern.

Der INF-Vertrag war das Ergebnis eines nuklearen Pokers zwischen den Supermächten gewesen. Die Amerikaner stationierten nach dem sogenannten Doppelbeschluss der Nato vom Dezember 1979 in Europa Hunderte von Pershing-Raketen und Cruise-Missiles, um die Sowjets zum Abzug ihrer SS20-Systeme zu zwingen. Die Unnachgiebigkeit der Nato trug zum Zerfall der Sowjetunion bei.